INHALTLICHER ANTRAG A002: Nur mit uns geht es im Saarland nach links – Unser Kurs heißt Veränderung!

Antragsstellend: Landesvorstand Die Linke Saar

Der Landesparteitag möge beschließen:

- **Unser Anspruch ist Veränderung – Politik muss das Leben der Menschen konkret verbessern und die bestehenden Verhältnisse überwinden!**

Die Linke Saar richtet ihre politische Arbeit konsequent daran aus, konkrete Verbesserungen im Leben der Menschen zu erreichen, indem sie bestehende Verhältnisse überwindet. Unser Erfolg bemisst sich daran, ob Menschen sich ihr Leben besser leisten können, ob Mieten bezahlbar bleiben, Löhne zum Leben reichen, öffentliche Daseinsvorsorge gestärkt und vergesellschaftet wird und soziale und persönliche Sicherheit gewährleistet ist. Wir wollen politische Mehrheiten nutzen, um soziale Politik für alle durchzusetzen, die Lebensverhältnisse im Saarland spürbar zu verbessern und perspektivisch die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen grundlegend zu verändern.

- **Linke Mehrheiten gibt es nur mit uns – Keine Koalition mit der CDU und keine Wahl eines CDU-Ministerpräsidenten!**

Die Linke Saar stellt klar, dass ein sozialer und fortschrittlicher Politikwechsel im Saarland eine starke Linke voraussetzt. Eine Koalition mit der CDU schließen wir aus, weil wir einen politischen Richtungswechsel wollen, der soziale Politik und die Stärkung öffentlicher Verantwortung in den Mittelpunkt stellt. Das heißt: Wir werden keinen CDU-Ministerpräsidenten wählen. Unsere Stimmen stehen nicht zur Fortsetzung einer Politik zur Verfügung, die auf Sozialkahlschlag, Umverteilung von unten nach oben und grenzenlose Aufrüstung setzt. Der Ausschluss einer Koalition mit der CDU und die Nichtwahl eines CDU-Ministerpräsidenten schließen eine eigenständige, an unseren politischen Grundsätzen orientierte Entscheidung über einzelne parlamentarische Sachfragen nicht grundsätzlich aus.

- **Regierungsbeteiligung oder Opposition? Entscheidend ist, was wir für eine solidarische Gesellschaft erreichen!**

Die Linke Saar schließt eine Regierungsbeteiligung grundsätzlich nicht aus, wenn dadurch konkrete linke Projekte durchgesetzt werden können. Grundlage möglicher Koalitionsverhandlungen sind die politischen Beschlüsse und programmatischen Positionen der Linken Saar. Über die Zustimmung zu einem ausgehandelten Koalitionsvertrag entscheidet ein Sonderparteitag, sofern nicht ein satzungsgemäßer Mitgliederentscheid durchgeführt wird. Gleichzeitig erkennen wir, dass durch

Schuldenbremse und die fehlende Besteuerung großer Vermögen, die Spielräume zur Gestaltung einer echten sozialen Politik eingeschränkt sind. In den bestehenden Verhältnissen ist eine laute, unabhängige und konsequente linken Opposition wichtiger denn je. Sie macht Missstände sichtbar, setzt die Themen der Menschen auf die politische Tagesordnung, erhöht den Druck auf die Regierenden und schafft Akzeptanz für eine Überwindung der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Entscheidend ist, welche Möglichkeit uns die jeweilige politische Situation bietet, unsere Inhalte umzusetzen, die Interessen der Menschen zu vertreten und Wirtschaft und Gesellschaft sozial-ökologisch zu transformieren. Über eine mögliche Regierungsbeteiligung entscheiden wir deshalb anhand konkreter politischer Inhalte, verbindlicher Vereinbarungen und der Frage, ob konkrete solidarische Projekte für die Menschen im Saarland umsetzbar sind, die den Weg in ein besseres Morgen zeigen. Dazu gehört mehr denn je, klare Kante gegen Faschismus zu zeigen und sich mit aller Konsequenz gegen die Verhältnisse zu stellen, die dem Faschismus den Nährboden bereiten.

Begründung:

Wir wollen den Bruch mit den kapitalistischen Verhältnissen und dafür Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend transformieren. An einer solchen sozial-ökologischen Transformation müssen wir unsere Politik ausrichten. Denn unser Anspruch darf nicht darin bestehen, Missstände lediglich zu benennen oder prekäre Lebensverhältnisse zu verwalten. Unser Anspruch ist es, die gesellschaftlichen Verhältnisse so zu verändern, dass Menschen ein besseres Leben führen können, ihre Bedürfnisse selbstbestimmter verwirklichen und gemeinsam über die Bedingungen ihres Lebens entscheiden können.

Eine linke Politik, die diesen Anspruch ernst nimmt, muss sich zunächst auch daran messen lassen, was sie im Alltag der Menschen konkret verbessert. Können Menschen ihre Miete bezahlen, ohne auf andere grundlegende Bedürfnisse verzichten zu müssen? Reichen ihre Löhne und Renten für ein gutes Leben? Haben sie Zugang zu guter Gesundheitsversorgung, Bildung, Mobilität und einer verlässlichen öffentlichen Daseinsvorsorge? Können sie ihre Zeit selbstbestimmter gestalten, sich gesellschaftlich einbringen und ohne permanente Existenzangst in die Zukunft blicken? Das sind die Fragen, an denen sich unser politischer Erfolg messen lassen muss. Wahlergebnisse, parlamentarische Initiativen und Regierungsämter können wichtige Mittel sein, sind aber niemals Selbstzweck. Entscheidend ist, ob sie dazu beitragen, die Lebensbedingungen der Menschen tatsächlich zu verbessern, gesellschaftliche Machtverhältnisse zugunsten der Vielen zu verschieben und dem Rechtsruck entschieden entgegenzuwirken.

Damit verbinden wir den Anspruch, gesellschaftliche Verhältnisse nicht als unveränderbare Tatsachen hinzunehmen, sondern ihre Entstehung, ihre Widersprüche und ihre Veränderbarkeit sichtbar zu machen. Soziale Ungleichheit, ökonomische

Abhängigkeit und die Unterordnung menschlicher Bedürfnisse unter die Verwertungsinteressen des Kapitals schränken die Möglichkeiten vieler Menschen ein, über ihr eigenes Leben zu bestimmen. Dies stärkt zudem den Faschismus. Eine emanzipatorische Politik darf Menschen deshalb nicht nur als Empfänger:innen staatlicher Leistungen begreifen. Sie muss Bedingungen schaffen, unter denen sie zu selbstbestimmten Akteur:innen ihres Lebens und der gesellschaftlichen Entwicklung werden können. Dazu gehören materielle Sicherheit, soziale Teilhabe, demokratische Mitbestimmung auch über Wirtschaft und die reale Möglichkeit, Entscheidungen über die eigene Zukunft kollektiv gegen Kapitalinteressen zu treffen.

Wir wollen nicht nur aufzeigen, was in dieser Gesellschaft falsch läuft. Wir wollen Menschen die Erfahrung ermöglichen, dass Veränderung möglich ist. Denn aus der Erfahrung, gemeinsam etwas durchsetzen zu können, wächst die Hoffnung auf eine andere Gesellschaft. Eine Gesellschaft, in der Solidarität mehr zählt als Konkurrenz, in der die Bedürfnisse der Menschen Vorrang vor Profitinteressen haben und in der ökologische Verantwortung und Solidarität an erster Stelle stehen.

Dafür müssen wir uns mit der Frage auseinandersetzen, wie wir politische Macht einsetzen. Regierung oder Opposition sind kein Selbstzweck und dürfen nicht zu starren Identitäten werden, die unseren politischen Handlungsspielraum von vornherein begrenzen. Eine Regierungsbeteiligung kann Möglichkeiten eröffnen, soziale Verbesserungen unmittelbar durchzusetzen, öffentliche Infrastruktur auszubauen und politische Entscheidungen zugunsten der Menschen zu verändern. Sie birgt zugleich immer die Gefahr, sich Sachzwängen unterzuordnen, eigene Ansprüche abzuschwächen und bestehende Verhältnisse lediglich zu verwalten. Eine konsequente Opposition wiederum kann Missstände sichtbar machen, gesellschaftliche Konflikte aufgreifen, Betroffene organisieren und den Druck für Veränderungen erhöhen. Sie darf sich aber ebenso wenig damit zufriedengeben, lediglich die Fehler anderer zu kritisieren, ohne eigene Möglichkeiten zur Durchsetzung konkreter Verbesserungen zu nutzen.

Für uns folgt daraus: Wir schließen eine Regierungsbeteiligung nicht grundsätzlich aus, machen sie aber von klaren politischen Inhalten, verbindlichen Vereinbarungen und der realistischen Möglichkeit einer sozial-ökologischen Transformation abhängig. Wir müssen danach fragen, welche konkreten Verbesserungen erreichbar sind, welche politischen Ziele dafür aufgegeben werden müssten und ob wir eigenständig und selbstbestimmt handlungsfähig bleiben. Die Entscheidung für oder gegen eine Regierungsbeteiligung ist daher keine Frage des politischen Prestiges, sondern eine Frage unserer gesellschaftlichen Wirksamkeit. Wir wollen Veränderung sein. Wir wollen Opposition sein, wenn sie den notwendigen Druck für Veränderung schafft. In jedem Fall gilt: Unsere Politik muss sich an den Interessen der Menschen und an den Möglichkeiten orientieren, ihre Lebensverhältnisse nachhaltig zu verbessern.

Ein solcher Kurs braucht klare politische Leitlinien. Wir stehen für einen Bruch mit einer Politik, die soziale Unsicherheit verschärft, öffentliche Güter dem Markt unterordnet und die Kosten gesellschaftlicher Krisen auf diejenigen abwälzt, die ohnehin wenig haben. Sozialabbau und neoliberale Politik schwächen die soziale Sicherheit und verschärfen Konkurrenz und Vereinzelung und bilden den Nährboden für Faschismus. Die zunehmende Militarisierung gesellschaftlicher Debatten und die Ausweitung militärischer Ausgaben stellen grundlegende Fragen nach den politischen Prioritäten und der Verwendung öffentlicher Mittel. Dem Aufstieg faschistischer Kräfte müssen wir eine Politik entgegensetzen, die soziale Sicherheit, demokratische Teilhabe, Solidarität und die Gleichwertigkeit aller Menschen stärkt. Diese Auseinandersetzungen führen wir unabhängig davon, ob wir in der Opposition arbeiten oder politische Verantwortung in einer Regierung übernehmen. Keine Regierungsbeteiligung darf zum Vorwand werden, unsere Grundüberzeugungen preiszugeben. Keine Oppositionsrolle darf uns davon abhalten, konkrete Verbesserungen durchzusetzen, wo immer dies möglich ist.

Eine Koalition mit der CDU schließen wir aus und werden keinen CDU-Ministerpräsidenten wählen. Diese Partei steht wie kaum eine andere für eine Umverteilung von unten nach oben und die Übernahme rechtsradikaler Narrative in der selbsternannten politischen Mitte. Wir wollen keinen politischen Kurs mittragen, der unseren Anspruch auf einen sozialen und fortschrittlichen Richtungswechselfundamental widerspricht.

Unser Kurs heißt Veränderung. Wir wollen nicht nur auf Krisen reagieren, sondern die gesellschaftlichen Bedingungen verändern, aus denen sie hervorgehen. Wir wollen soziale Sicherheit schaffen, demokratische Handlungsmöglichkeiten erweitern und die sozial-ökologische Transformation vorantreiben. Wir wollen Menschen nicht die Hoffnung auf eine bessere Zukunft nehmen, indem wir ihnen erklären, was angeblich alternativlos ist. Wir wollen zeigen, dass eine solidarische Gesellschaft möglich ist und dass ihre Verwirklichung mit konkreten politischen Entscheidungen und Handeln beginnt.

Die Linke Saar muss deshalb antreiben, Druck aufbauen, Alternativen entwickeln und Verbesserungen durchsetzen. Wir verbinden den Kampf um unmittelbare soziale Entlastung mit dem Ziel einer grundlegenden Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Ob in der Regierung oder in der Opposition: Veränderung ist der Maßstab unserer Politik.